

Wegen massiver Steuerausfälle bei den juristischen Personen musste die Einwohnergemeinde den Steuerfuss um 5 Prozentpunkte auf 105 Prozent anheben, um ein Defizit von mehreren Mio. Franken zu verhindern. Dank dieser am 1. Dezember 2014 von der Gemeindeversammlung genehmigten Steuererhöhung und den zusätzlich vom Gemeinderat verordneten Sparmassnahmen in sämtlichen Bereichen sollte das Defizit gemäss Budget lediglich noch 359 193 Franken betragen.

Diese Zielvorgabe wird aber bei weitem nicht erreicht, wie sich bei der ersten Lesung der Rechnung 2014 im Gemeinderat zeigte. Neu muss mit einem Defizit von 2. Mio. Franken gerechnet werden, was im Gemeinderat grosse Betroffenheit aber auch eine gewisse Ratlosigkeit auslöste.

Hauptgründe für dieses schlechte Ergebnis sind der um 1,3 Mio. Franken geringer ausgefallene Steuerertrag sowie die wohl zu optimistische Budgetierung, wie im Rat dazu bemerkt wurde. Bei den juristischen Personen flossen rund 1 Mio. Franken weniger als budgetiert in die Gemeindekasse, bei den natürlichen Personen waren es rund 200 000 Franken weniger. Noch gesichert sind zudem wegen eines Rechtsstreits Steuereinnahmen in der Höhe von 800 000 Franken von zwei juristischen Personen. Und zu allem Überfluss müssen per Ende 2014 infolge der Vorlage von Verlustscheinen insgesamt 124 000 Franken an Steuergeldern abgeschrieben werden.

Negativ beeinflusst wird der Rechnungsabschluss 2014 zudem durch die hohen Abschreibungen infolge der Aktivierung des neuen Feuerwehrmagazins und des Kindergartens im Betrag 800 000 Franken. Dazu kommen noch nicht geflossene Grundstückgewinnsteuern, für die Überbauung Banacker, wo 10 Mehrfamilienhäuser mit 67 neue Wohnungen gebaut werden.

Bei der Durchsicht der Rechnung 2014 stiessen im Gemeinderat die erneut um 160 000 Franken gestiegenen Ausgaben für den Zweckverband Sozialregion Thal-Gäu auf Kritik. Die Gemeinde Neuendorf muss an die Sozialregion für das Jahr 2014 rund 921 000 Franken bezahlen. Die Kosten für die gesetzliche Sozialhilfe belasten die Rechnung mit insgesamt 1,146 Mio. Franken. Zuviel, wie im Rat dazu festgestellt wurde. Kritisiert wurde vor allem, dass bei der Sozialregion kein Ende dieser seit Jahren andauernden Kostensteigerung in Sicht sei. Dem müsse endlich der Riegel geschoben werden. Wenn nötig, müssten sich die Gemeinden halt zusammentun und ein erneut höheres Budget verwerfen. Gemeindepräsident Rolf Kissling klärt ab, ob die Gemeindepräsidentenkonferenz Gäu (GPG) mit einem entsprechenden Antrag Druck auf die Sozialregion ausüben könnte.

Um allfällige Kosten zu sparen, wurde auch der Antrag der Kommission Bau und Liegenschaften zurückgestellt, 7000 Franken für zusätzlich angefallene Reinigungskosten bei den Gemeindeliegenschaften, dies auch infolge des neuen Feuerwehrmagazins und Kindergartens zu sprechen. Dabei geht es um wöchentlich 7 Stunden, welche wegen der bereits über 100 Prozent ausgelasteten Abwarte an Reinigungskräften vergeben werden sollten. Im Rat setzte sich die Meinung durch, erst abzuklären, ob diese Arbeiten nicht innerhalb des Werkhofpersonals und der Abwarte aufgeteilt werden könnten.

Aufgrund der aktuellen Auswertung der Werkhof- und Abwartsanalysen, läuft derzeit die Umsetzung, dass das Werkhofpersonal und die Abwarte künftig einen gemeinsam technischen Dienst betreiben. Mitarbeiter des Werkhofs könnten zum Beispiel für die Abwarte das Schneiden des Rasens rund um die Schulhäuser übernehmen und die Abwarte im Gegenzug mehr Gebäudeunterhalts- und Reinigungsarbeiten ausführen. Weil Reinigungstätigkeiten die Abwarte sehr stark absorbieren, möchte der Rat zudem prüfen, ob mit einer Auslagerung an Private Kosten gespart werden könnten.

Mit Blick auf die Gemeindefinanzen soll ferner das Kosten- Nutzenverhältnis bei der Dorfhalle kritisch hinterfragt werden. Dabei soll geklärt werden, ob sich die Halle für die Gemeinde unter Einbezug sämtlicher relevanter Faktoren rentiert oder gar ein Verlustgeschäft ist. In letzterem Fall müssten für auswärtige Veranstalter höhere Hallenmieten erhoben oder in Erwägung gezogen werden, die Anzahl der Anlässe in der Halle insgesamt zu reduzieren. Für einheimische Vereine sollen weiterhin lediglich kostendeckende Gebühren verlangt werden.